

## Stellungnahme des ZEFIS

Der terroristische Anschlag auf die Redaktion des Magazins *Charlie Hebdo*, bei dem zwölf Menschen ermordet wurden, und die anschließenden Geiselnahmen, die für vier Zivilisten tödlich endeten, erfüllen uns mit Trauer, Wut und Empörung. Angehörigen und Freunden der Opfer möchten wir unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

Die Gewaltakte von Paris sind in mehrfacher Hinsicht Angriffe auf die Menschlichkeit, auf die Freiheit, auf offene und plurale Gesellschaften Europas, in denen auch Millionen von Muslimen ihren Platz gefunden haben. Sie sind in letzter Konsequenz auch Angriffe auf den Islam und auf die europäischen wie auch die weltweiten Gemeinschaften der Muslime.

Die Attentäter von Paris, die sich auf Gott und auf ihre – und unsere – Religion beriefen, gaben in einer perversen Weise den Karikaturen recht, gegen die sie sich selbst vermeintlich richteten. Auf eine tragische Art und Weise lieferten sie Bestätigungen des Bildes von gewalttätigen Muslimen und vom Islam als einer vernunftresistenten Religion. Sie arbeiteten somit in die Hände der Islamgegner, die gegen muslimische Präsenz in Europa mobilmachen.

Es sind nicht die Satiriker und die Zeichner eines gewalttätigen Propheten Muhammad, Friede sei über ihm, die den Islam und die Muslime beleidigen. Es sind diejenigen, die menschenfeindliche Gewalt unter Berufung auf den Propheten und die islamische Religion verüben, die dies bewerkstelligen und das Ansehen des Islam schänden. Mit ihren Handlungen bedrohen sie nicht nur die Grundlagen eines Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen, sondern bringen auch prinzipiell die Freiheit und die Existenz von Muslimen in europäischen Gesellschaften in Gefahr.

Historische Erfahrungen von Muslimen im modernen Europa haben eines gezeigt: Weniger Freiheit in Europa hat auch immer weniger Islam bedeutet. Staaten und Regime, in denen die Freiheiten und Grundrechte der Bürger, einschließlich der Religions- und Meinungsfreiheit, eingeschränkt wurden, haben auch die Marginalisierung und die Verdrängung des Islam und der Muslime aus den gesellschaftlichen Prozessen zur Folge gehabt – auch dort, wo Muslime über lange Zeiträume einen Großteil der Bevölkerung stellten. Ein freiheitliches Europa mit demokratischen Gesellschaften und rechtsstaatlichen Ordnungen ist daher von existentieller Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft der muslimischen Bürger ebenso wie für alle anderen Bürger Europas und ein solches Europa sollte ihr primäres gemeinsames Interesse sein. Die Angreifer von Paris und ihre Gesinnungsgenossen untergraben das für eine freie Gesellschaft erforderliche gegenseitige Vertrauen und schaffen auf lange Sicht eine fatale Plausibilität für gesetzliche Regelungen, die den Geist der Freiheit und damit die Chancen für ein freies Leben sowohl für Muslime als auch für Nicht-Muslime einschränken. In diesem Punkt sind sich die muslimischen Attentäter von Paris mit den nichtmuslimischen Islamgegnern einig. Entschieden müssen wir uns, gerade als Muslime, für die gemeinsamen Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie für ein friedvolles, wertplurales, tolerantes Miteinanderleben in Deutschland/Europa einsetzen.

Der Mord an zwölf Menschen beim Anschlag auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* und der anschließende Tod von mehreren Geiseln sind Verbrechen, die durch nichts zu entschuldigen sind. Mit diesen Verbrechen haben die Täter auch das geistige Benzin für Brandanschläge auf Moscheen verteilt und den Nährboden für Hass und Zwietracht bereitet. Insbesondere vor dem Hintergrund antiislamischer Stimmungen in Europa und Deutschland ist es nicht unwahrscheinlich, dass die nächsten Leidtragenden dieser Gewalttaten und der ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen Muslime selbst sein werden. Anschläge auf Moscheen und muslimische Einrichtungen, die

unmittelbar auf das Attentat von Paris erfolgten, zeigen deutlich in diese Richtung. Der Anschlag von Paris ist auch ein – möglicherweise ganz bewusster – Anschlag auf diejenigen Muslime Europas gewesen, die in demokratischen Gesellschaften leben wollen und sich hier ihren Lebensmittelpunkt aufbauen.

Gleichzeitig werden mit solchen Gewalttaten Argumente und Legitimationsbasis für eine Geopolitik geliefert und gestärkt, unter der wiederum Muslime leiden werden. Argumente, nach denen globale Entwicklungen und die verfehlte Außenpolitik der westlichen Staaten mitunter den Zündstoff für Radikalisierungen von Jugendlichen in unseren Gesellschaften liefern, dürfen dabei keinen normativen Geltungsanspruch haben: Globale Ungerechtigkeiten, gegenwärtig geführte Kriege und politische Konflikte, bei denen Muslime selbst zu Opfern werden, können und dürfen nicht als Entschuldigungen für Verbrechen dienen, die im Namen des Islam und als Akte vermeintlicher Vergeltung verübt werden. Muslimische Opfer in anderen Teilen der Welt – palästinensische Kinder in Gaza, Opfer der Völkermorde in Burma oder Bosnien – dürfen nicht als Rechtfertigungsstrategien für die Relativierung, Befürwortung oder gar Durchführung von verbrecherischen Akten und für die Verbreitung von menschenfeindlichen Ideologien instrumentalisiert und missbraucht werden. Solche Legitimationsstrategien entwerten zuallererst die Opfer selbst. Sie führen aber auch zu nicht aufzubrechenden Gewaltspiralen und zur gegenseitigen Befeuerung von extremen, sich nur scheinbar widersprechenden Ideologien, die sich letztlich gegen alle Menschen, einschließlich der Muslime, richten. Dasselbe geistige Gift einer religiös unterfütterten Menschenverachtung, das in Frankreich getötet hat, hat an denselben Tagen im Irak, in Syrien, in Nigeria und im Jemen Tausende von Muslimen getötet. Entmenschlichung richtet sich immer gegen alle Menschen, sie kennt kein Richtig und Falsch, und wir alle müssen uns ihr entgegensetzen.

Die Ursachen des Terrors sind vielfältig und der Komplexität seiner Entstehungszusammenhänge lässt sich nicht allein mit theologischen oder allgemein religiösen Gegenpositionen begegnen. Als Muslime und als Wissenschaftler, die sich täglich mit Aufbau und Pflege einer islamisch-religiösen Tradition in und für Deutschland beschäftigen, wissen wir dennoch wohl, dass es mit einer bloßen Distanzierung von Gewalttaten und den sie legitimierenden Ideologien nicht getan ist. Wie kann etwas, das islamisch legitimiert wird, indem es sich auf die Schriften und Lehren des Islam beruft; etwas, das das Leben der Muslime in Deutschland, Europa und darüber hinaus fundamental betrifft; etwas, das Hoffnungen auf gesellschaftliche Teilhabe, Träume von sozialem Aufstieg und die tägliche Arbeit in und für diese Gesellschaft von Millionen von Muslimen zu diskreditieren versucht – wie kann so etwas kein Problem für die Muslime sein oder „nichts mit dem Islam zu tun haben“, wie es häufig heißt?

Doch nicht nur in den Konsequenzen haben diese Entwicklungen etwas mit dem Islam zu tun. Gerade als muslimische Theologen, Historiker und Sozialforscher sind wir im Moment mehr als andere aufgefordert, menschenverachtende Argumentationen in den ideologisierten Deutungen und Lesarten der islamischen Religion als existent wahrzunehmen, die Ursachen und Formen ihrer Entstehung zu begreifen, die Bezüge auf die islamischen Lehren darin aufzudecken und vor allem islamische Antworten darauf zu geben. Muslime, nicht nur in Deutschland und nicht nur theologisch arbeitende, müssen sich der Aufgabe stellen, sich stärker mit den ideologisierten Erscheinungsformen des Islam auseinanderzusetzen, die in letzter Konsequenz als Legitimationsbasis für Gewalttaten herangezogen werden.

Auch müssen sich Muslime in Europa aus einer binnenislamischen Sicht stärker in die Debatten um Freiheit und die Rechte Anderer einbringen. Freiheit bedeutet dabei nicht nur die eigene (Religions-) Freiheit, sondern eben auch die Freiheit der Anderen, die es auch dort zu verteidigen gilt, wo sie im

Widerspruch zu den eigenen Überzeugungen steht. Ohne dieses Grundverständnis von Freiheit auch als der Freiheit des Anderen ist ein Zusammenleben in pluralen Gesellschaften nicht möglich. Rassistische und islamfeindliche Haltungen gilt es dabei mit Argumenten in offen ausgetragenen Debatten, mit rechtsstaatlichen Mitteln und mit gesellschaftlich produktivem Engagement zu bekämpfen – Gewalt darf dabei keine Option sein. Der Islam hat auch in dieser Hinsicht eine reiche historische Tradition zu bieten, der sich die Muslime bewusst werden sollten und die sie im Jetzt und Hier weiterentwickeln müssen.

Für das Zentrum für Islamische Studien Frankfurt/Gießen

Prof. Dr. Bekim Agai

Prof. Dr. Harun Behr

Dr. Armina Omerika

Prof. Dr. Ömer Özsoy

Prof. Dr. Yaşar Sarıkaya